

Chaos an der Humboldt-Uni: Pro-Palästina-Demonstranten randalieren!

Pro-Palästina-Demonstranten stürmen die Humboldt-Universität Berlin, Polizeieinsatz folgt. 95 Festnahmen, erheblicher Sachschaden.



Humboldt-Universität, Berlin, Deutschland - Am Mittwochnachmittag kam es an der Humboldt-Universität in Berlin zu Ausschreitungen, als über 90 Pro-Palästina-Demonstranten den Emil-Fischer-Hörsaal besetzten. Die Aktion führte zu erheblichen Sachschäden, da die Besetzer Wände mit Parolen wie „From the river to the sea Palestine will be free“ und „Deutschland = Faschismus“ beschmierten. Auch Forderungen nach einer neuen „Intifada“ wurden laut. Infolgedessen setzte die Polizei 350 Einsatzkräfte ein, um die über drei Stunden dauernde Besetzung zu räumen. Die Besetzung und die damit verbundenen Ausschreitungen wurden als Protest gegen die Unterstützung Israels und die geplanten Abschiebungen von Aktivisten, die an gewaltsamen Protesten beteiligt waren,

bezeichnet.

Die Polizei leitete insgesamt 100 Strafverfahren gegen die Besetzer ein, die unter anderem wegen schwerem Hausfriedensbruch, Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt werden. Während der Räumungsaktion wurden zwei Polizeibeamte verletzt, als sie mit Pyrotechnik beworfen und möglicherweise mit Urin beschmutzt wurden. Insgesamt wurden 95 Personen vorübergehend festgenommen, darunter sowohl Besetzer als auch Sympathisanten. Die Unileitung erklärte, dass der Hörsaal für Wochen oder Monate nicht für Lehrveranstaltungen genutzt werden kann.

Reaktionen und Kontext der Proteste

Uni-Präsidentin Julia von Blumenthal verteidigte den Polizeieinsatz, den sie als notwendig für den Schutz der Universität und zur Wiederherstellung der Ordnung ansah. Die Besetzer hingegen gaben an, ihre Aktion sei ein Ausdruck der Solidarität mit Flüchtlingen und den von Abschiebung bedrohten Personen. Diese Darstellung der Proteste spiegelt die gewaltsamen Auseinandersetzungen und die allgemeine Eskalation im Kontext politischer Demonstrationen wider, die seit Jahren in Deutschland beobachtet wird. Studien zeigen, dass gewaltsame Proteste oft durch soziale und politische Spannungen bedingt sind und auch die Wahrnehmungen von Polizei und Demonstrierenden zu Konflikten führen können.

In der Vergangenheit waren gewaltsame Demonstrationen, wie die gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm, von medialer Aufmerksamkeit begleitet worden. Berichte über eine steigende Gewaltbereitschaft bei Demonstranten und unverhältnismäßige Polizeieinsätze haben die Debatte um den Umgang mit politisch motivierten Protesten weiter angeheizt. Konflikte entstehen häufig, wenn Demonstranten sich aktiv gegen polizeiliche Maßnahmen wehren, was von der Polizei als gewaltsame Widersetzung angesehen wird.

Die Vorfälle an der Humboldt-Universität machen deutlich, dass die Grenzen zwischen politischen Protesten und Gewalt in der aktuellen Situation schwer zu ziehen sind. Zusammen mit der Wahrnehmung von Demonstrationen als friedlich oder gewaltsam ist dies ein komplexes Thema, das politischen und gesellschaftlichen Lösungen bedarf, um zukünftige gewaltsame Auseinandersetzungen zu verhindern.

Weitere Informationen zu den Vorfällen finden Sie auf **Krone.at**, **ZDF** und **bpb.de**.

Details	
Vorfall	Ausschreitungen
Ursache	Protest gegen Unterstützung Israels, angedrohte Abschiebungen
Ort	Humboldt-Universität, Berlin, Deutschland
Verletzte	2
Festnahmen	95
Quellen	• www.krone.at • www.zdf.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at